

BÜRGERINITIATIVE PRO LANDSHUTER ALLEE TUNNEL

1. Sprecher: Nima Lirawi – BI Pro Landshuter Allee Tunnel c/o Nima Lirawi • Ruffinstr. 12 • 80637 München

20. Juli 2020

Aktuelles 07/2020

Pressemeldung

Grün-Rot stellt Tunnelplanungen ein - Ideologie geht vor Anwohnerschutz

Die BI „Pro Landshuter Allee Tunnel“ erkennt bei den Plänen von grün-rot keinen Schutz der Fußgänger und Anwohner vor NO₂ im dafür notwendigen Umfang. Die jetzt geplanten Maßnahmen leisten keinen Beitrag gegen die Schadstoffbelastungen. Dies wäre allerdings enorm wichtig, da alleine im vergangenen Jahr 2019 hohe Überschreitungen der Normwerte stattgefunden haben. Im Jahr 2019 lag der Jahresmittelwert der NO₂ Belastung um mehr als 50% über dem zulässigen Normwert. Auf der Homepage der BI gibt es eine Rubrik „Schadstoffe und Lärm“ und dort auch den Link zum Umweltbundesamt, über den man sehr gut die aktuellen Schadstoffmessungen nach Messstelle und auch Archivwerte (Jahreswerte) abfragen kann. Bis zum Frühjahr gab es auch bereits in diesem Jahr 10 festgestellte Überschreitungen des Richtwertes. Nach wie vor fehlt aus unserer Sicht der Wille der Landeshauptstadt München, die Schadstoffregelung der EU an der Landshuter Allee umzusetzen. Die Variante 1 (*vgl. Pressemitteilung vom 22.06.2020*) greift nicht in dem Umfang, in dem es notwendig wäre und dürfte mit großer Sicherheit an den privaten Eigentümern der angrenzenden Wohnhäuser scheitern. Dies hätte eine städtebauliche Verschlimmerung zur Folge. Trennwirkung und Maße sind genannt. Im Koalitionsvertrag der neuen grün-roten Stadtregierung heißt es: Der Tunnel wird nur dann eingestellt, wenn effektive Maßnahmen unter der Prämisse zum Schutz der Anwohner vor Lärm und NO₂ ergriffen werden. Dieter Reiter: Da stehen wir im Wort. Grün-rot arbeitet aus Sicht der BI nur an kurzfristigen Lösungen wie der Variante 1, die nicht effektiv sind.

Es gibt mehrere Untersuchungen die besagen, dass der Tunnel die beste Lösung ist. Die SPD-Stadtratsfraktion mit ihrer Vorsitzenden Anne Hübner spricht nur noch von Lärmschutzmaßnahmen. Seit mehreren Jahrzehnten ist nichts passiert. Eine Machbarkeitsstudie ergab, dass nur der Tunnel die effektivste Lösung darstellt.

Eine Ausweitung der Umweltzone ist nicht machbar (*RGU, Seite 21; Mittlerer Ring, deutliche Verschlechterung sowie 2.1. und 2.2*). Der Mittlere Ring ist nicht teil der Umweltzone - die Verkehrsadern der Stadt sowie die gewollte Bündelungsfunktion der Hauptverkehrsachsen

müssen für die Stadtlogistik erhalten bleiben. Der Verkehr würde sich ansonsten überall anders verteilen, was ein Verkehrschaos nach sich ziehen würde.

Expertise des RGU vom 16.01.2018:

Die Stadträte sollten ihre eigene Vorlage der vorigen Amtsperiode lesen (RGU). Eine Verdrängung der Autos von der Landshuter Allee sei demnach durch Einbindung und Verdrängung des Verkehrs in zu schützende Wohngebiete kaum machbar. Es besteht laut der Expertise von 2018 die Gefahr, dass die Ziele der Luftreinhaltung gefährdet werden.

Die EU-Kommission schrieb im Mai 2020 an die BI „Pro Landshuter Allee Tunnel“ im Zusammenhang mit einem Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik Deutschland auch wegen nicht Einhaltung der NO₂ Grenzwerte im Rahmen der Luftqualitätsrichtlinie der EU (2008/50/EG über saubere Luft in Europa). Davon betroffen ist auch die Landeshauptstadt München. Die Angelegenheit liegt beim Gerichtshof der EU. Die EU Kommission verweist darauf, dass die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen einrichten müssen.

Was die städtebauliche Wirkung durch die Lärmschutzwände betrifft, so sind zwischen Bebauung und Fahrbahn teilweise nur wenige Meter Platz. Die Lärmschutzwände müssten demnach in sehr geringem Abstand an die Bebauung gebaut werden. Die BI fordert in diesem Zusammenhang eine Einwohnerversammlung. Die Höhe der Wände könnte dann mit Tüchern für die Bürger demonstriert und simuliert werden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die große Frage, wie der Baumbestand erhalten bleiben soll, wenn Lärmschutzwände errichtet werden sollen. Auf die Antwort der Grünen auf diese Frage ist die BI gespannt.

Aus Sicht der BI sind die Maßnahmen der neuen grün-roten Stadtregierung nicht ausreichend. OB Dieter Reiter (SPD) hatte in einer Pressemitteilung vom Juni 2020 beteuert, für ihn sei der Tunnel noch nicht gestorben (*Münchner Wochenanzeiger vom 09.06.2020*). Dies erscheint nun widersprüchlich und kommt einem Wortbruch gleich. OB Reiter hat damals erklärt, dass der Tunnel erst dann gestorben ist, wenn es ausreichende Alternativmaßnahmen gibt. In welcher Form sie vorliegen müssen, um als ausreichend angesehen zu werden, wurde nie erläutert. Es wird auch von den Grünen so getan und agiert, als gäbe es die Möglichkeit einer vorrangigen Prüfung vor Beendigung der Tunnelplanung nicht mehr.

Im Gegenzug sollen die Planungen für den Tunnel unter dem Englischen Garten weitergeführt werden und nach 2026 realisiert werden (*Münchner Merkur vom 18.07.2020*). Offensichtlich sind für grün-rot Menschen im Vergleich zu Bäumen wertlos.

Weitere Infos zur BI und Kontakt unter www.pro-tunnel.de